

Zürich, 25. November 2009

Ungebremster Ausländerzuwachs verantwortlich für hohe Mieten

Die Linken und naive Steigbügelhalter anderer Parteien in der Stadt Zürich rufen seit einigen Wochen und Monaten lautstark nach billigerem Wohnraum und gebärden sich dabei als Retter für wohnungssuchende Familien. Dieser gespielte Aufschrei ist aus mehreren Gründen unselig und unglaubwürdig.

So hat sich

1. der Wohnungsbestand pro Einwohner der Stadt Zürich seit 1993 – dem Jahr seit die SVP nicht mehr in der Regierung der Stadt Zürich vertreten ist – kaum verändert. Belegten 1993 statistisch 1.89 Einwohner eine Wohnung, so waren es 2007 immer noch 1.86 Einwohner. Das heraufbeschworene Problem der Wohnungsknappheit wird mit diesem Faktum in eindeutiger Weise widerlegt oder zeigt auf, dass es der Linken nicht gelungen ist, im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Wohnraum zu schaffen.

So hat

2. die Verteuerung der Mieten weniger mit gestiegenen Bodenpreisen zu tun, wie uns dies die Anhänger sozialistischer Bodenpolitik auch in diesem Rat immer wissen lassen möchten, denn Immobilien waren noch Mitte der 90er Jahre, also vor der massiven Schweizerischen Immobilienkrise, teilweise deutlich höher bewertet als heute.

So gilt es

3. heute als erwiesen, dass sich der Lifestyle in den Städten, vor allem in linksdominierten, stark verändert hat: weg von Familien, hin zu 1 – 2 Personenhaushalten. Der Blick in die Reihen der rot-grünen Gemeinderatsbank bestätigt diese These. Dabei belegen diese Personen im Gegensatz zu 1993 insbesondere vermehrt grössere 3- und 4-Zimmerwohnungen.

So hat

4. die in der Stadt Zürich – entgegen allen Erkenntnissen aus den gescheiterten sozialistischen Staaten – inszenierte und gelebte linke Sozialromantik während Jahren zu einem regelrechten Sozialtourismus von Leuten aus tieferen Einkommensklassen geführt,

und so ist als wohl wichtigster Faktor für die tatsächliche Verteuerung vieler Wohnungen in bestimmten Quartieren

5. der Anteil der Ausländer, insbesondere der EU-Ausländer, markant angestiegen. Wir erleben eine regelrechte Masseneinwanderung. Die ohnehin schon hohe Zuwanderung stieg nach dem Wegfall der in den bilateralen Verträgen vertraglich geregelten Mengenbeschränkungen noch rasanter an. Allein in die Stadt Zürich zogen zwischen 2006 und 2008 netto 15'249 zusätzliche Ausländer, währenddem im gleichen Zeitraum netto 3'690 Schweizer der schönsten Stadt der Welt den Rücken kehrten.

Dass stark steigende Mieten überwiegend mit dem Ausländerzuzug zu tun haben, hat die SVP in allen ihren Voten zur Ablehnung der Personenfreizügigkeit deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir sind damals als ignorante Schwarzmalerei bezeichnet worden. Aber nicht nur die SVP, sondern auch der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat Rudolf Strahm warnte im Zuge der Abstimmungen zu den diversen bilateralen Verträgen vor massiv steigenden Mietzinsen. Nach dem Wegfall der Kontingente am 1. Juni 2007 meldete zum Beispiel der Mata Wohnungsdienst in der Zeitung „heute“: „Wir stellen in letzter Zeit eine regelrechte Invasion aus dem EU-Gebiet fest“. In der gleichen Zeitungsausgabe meldete sich AL-Gemeinderat Walter Angst zu Wort und stellte seinerseits rasant steigende Mieten fest. Quasi als letzte Bestätigung an die linken Ignoranten versandte der Mieterverband am 25. Januar 2008 ein Communiqué, in dem er wörtlich schrieb: „Die letzten Jahre haben aber gezeigt, dass in den Ballungszentren die Mieten in der Folge der Zuwanderung einen weiteren Preisschub erhalten haben“.

Die teuren Mieten sind also erwiesenermassen das verheerende Ergebnis der Personenfreizügigkeit, das nun auch unsere Wähler und all jene, die diese abgelehnt haben, auszubaden haben. Die Grenzen sind offen, der Ansturm hält an. Dank den Freizügigkeitsabkommen mit Brüssel dürfen Europäer, die ein Jahr lang in der EU gearbeitet haben, nach einem Arbeitstag in der Schweiz bei Stellenverlust für eine Dauer von fünf Jahren unsere vollen Sozialleistungen beziehen. Jeder arbeitslose Ausländer wäre dumm, wenn er diese Verdienstmöglichkeit durch eine Rückkehr in die Heimat gefährden würde.

Es zeigt sich überdeutlich, dass die Linken und ihre Gefolgsleute aller Parteien wie brandstiftende Feuerwehrleute agieren, die zunächst das Feuer legen, um danach als gefeierte Brandlöscher ausgezeichnet zu werden.

Die Frage kann also nicht lauten: Was muss Zürich tun, um noch mehr Ausländer aufnehmen zu können? Die Frage lautet: Was unternimmt die Schweiz, um den Zustrom zu beenden?

Die SVP der Stadt Zürich unterstützt deshalb alle Bestrebungen zur Kündigung der Verträge zur Personenfreizügigkeit.

Die SVP lehnt alle Bestrebungen zur Ausweitung des staatlichen Wohnungsbaus ab, da dieser private Wohnungen noch teurer macht. Bereits in der Wohnbaudebatte 2003 erläuterten wir, dass man dies selbst in den ehemaligen Sozialstaaten Schweden und Dänemark gemerkt hatte. Im ehemaligen angeblich sozialen Musterstaat Schweden hiess das zum Beispiel: Verkauf der gemeindeeigenen Wohnungen, Aufhebung der Politik der sozialen Durchmischung in den Quartieren, Reduktion oder Abschaffung von Darlehen.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Roger Liebi, Präsident der SVP Stadt Zürich (Tel. 079 / 776 68 15)
Gemeinderat Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef (Tel. 079 / 414 55 51)